

**”Büro Pfarrer Grüber”  
Evangelische Hilfsstelle  
für ehemals Rasseverfolgte**

**Geschichte und Wirken heute**

In dankbarer Erinnerung an Heinrich und  
Margarete Grüber, Werner Sylten und alle,  
die Verfolgten in einer grausamen Zeit geholfen  
haben, deren Los zu lindern.

Herausgeber:

Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte  
Teltower Damm 124, 1000 Berlin 37

(Oktober 1988)

Verantwortlich für den historischen Teil (Seite 1-23):  
Dr. sc. theol. Hartmut Ludwig (Humboldt-Universität)

Gesamtverantwortung:

Walter Sylten

Joachim-Dieter Schwäbl

Michael Kreutzer

## **Das "Büro Pfarrer Grüber" 1938 - 1940**

Noch heute, nach 50 Jahren, ist unbegreiflich, was bei dem Pogrom gegen die jüdischen Deutschen im November 1938 geschah. In der Nacht vom 9. zum 10. November breitete sich in wenigen Stunden eine ungeheure Vernichtungswelle über ganz Deutschland aus. Sie erfaßte selbst das kleinste Dorf. Über 1000 Synagogen wurden zerstört und in Brand gesteckt. 7500 Geschäfte wurden verwüstet und geplündert. Jüdische Mitbürger wurden auf brutalste Weise überfallen, mißhandelt und ihr Besitz zerschlagen. Hunderte jüdische Deutsche wurden ermordet oder nahmen sich aus Angst und Verzweiflung selber das Leben. Etwa 30.000 jüdische Männer wurden in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau verschleppt. Sie sollten erst freigelassen werden, wenn sie gültige Auswanderungspapiere vorweisen konnten, um Deutschland in kürzester Frist zu verlassen.

Der Pogrom, der mit der demagogischen Bezeichnung "Kristallnacht" in die Geschichte einging, war nach Propagandaminister Goebbels der "spontane Ausbruch des Volkszorns" auf die Ermordung des deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in Paris durch den Juden Herschel Grynszpan. Doch die Dokumente belegen, daß alles lange vorbereitet und das Attentat nur der willkommene Anlaß war. Die Nazis wollten die jüdischen Deutschen durch den Angriff auf ihr Leben zur Massenflucht treiben und die Länder um Deutschland herum zwingen, sie auch ohne Hab und Gut aufzunehmen. Sie wollten Deutschland schneller "judenfrei" machen und mit dem jüdischen Vermögen die Staatskasse für die Aufrüstung füllen. Der Pogrom leitete die Phase der forcierten Vertreibung ein. Die Täter des Pogroms waren fanatisierte SA- und SS-Männer und Mitläufer, die sich bereitwillig zu den Verbrechen anstiften ließen. Die Mehrheit der Bevölkerung war über den Ausbruch der Gewalt sicher bestürzt. Doch sie sahen zu oder weg, ballten vielleicht in der Tasche die Faust, aber sie schwiegen und blieben passiv, weil sie sich ohnmächtig fühlten. Wer seinen Unwillen offen äußerte, lief Gefahr, selber verhaftet zu werden. Die Bilder dieser schuldvollen Novembertage 1938 haben sich vielen Zeitgenossen tief eingepägt.

Vor den Konsulaten, Auswanderungsbüros und Hilfsstellen standen nach dem Pogrom Schlangen erschrockener und verzweifelter Menschen, vor allem Frauen. Sie alle trugen das gleiche Leid, schwiegen und weinten nur in ihrem Herzen. Sie hofften, in den

Büros einen lebensrettenden Plan für ihre in Konzentrationslager verschleppten Männer, Söhne oder Brüder besprechen zu können. Sie hatten für sich und ihre Familien nur ein Ziel: Hinaus aus Deutschland.



*Propst Dr. D. Heinrich Grüber*

Zu den unermüdlichen Helfern der Bedrängten gehörte *Pfarrer Heinrich Grüber* in Berlin-Kaulsdorf. Seit etwa einem halben Jahr betreute er auch im Auftrag der Leitung der Bekennenden Kirche "nichtarische" Christen. In einigen größeren Städten hatte er Vertrauensleute gewonnen, die diese Aufgabe in ihrer Region übernahmen, und so ein Netz von Hilfsstellen geknüpft. Er schrieb Briefe, reiste, sprach auf Versammlungen und verschickte gedruckte Predigten. In den Schreckenstagen des November 1938 klopfen viele im Kaulsdorfer Pfarrhaus an und wurden in den Laubenkolonien versteckt. Grüber lief von einem zum anderen und versuchte zu ermutigen, zu raten und die Familien der Verhafteten zu trösten. Doch Einsatz und Erfolg hingen nicht allein vom guten Willen ab. Auswandererberatung bedurfte staatlicher Genehmigung. Die Verhandlungen, die bisher zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurden nach dem Pogrom auf allen Ebenen intensiviert. Dabei wurde Grüber von den Männern der Inneren Mission, Friedrich von Bodelschwingh und Paul Braune, tatkräftig unterstützt. Als die englische Judenmission "Hebrew Christian Testimony to Israel" ihre Arbeit in Berlin abbrach, stellte sie ihr Haus gegenüber dem Schloß Monbijou Grüber zur Verfügung. Am 7. Dezember 1938 konnte er den Vertrauensleuten

mitteilen, daß sie künftig alle Post an das "BURO PFARRER GRÜBER, BERLIN C2, ORANIENBURGER STRASSE 20" adressieren möchten.

Während sich die meisten Deutschen von den Rasseverfolgten abwandten, gab Grüber der Hilfsstelle seinen Namen. Das "Büro Pfarrer Grüber" wurde ein Zeichen der Solidarität und der Hoffnung auf Rettung, für das die Verfolgten dankbar waren. Sie sagten diesen Namen weiter. In kürzester Zeit wurde er weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannt. Auch die Verfolger akzeptierten die Bezeichnung, jedoch nur solange, wie sie die Hilfsstelle für ihre verbrecherischen Pläne benötigten. Ohne Zweifel ist es vor allem das Verdienst Pfarrer Heinrich Grübers, daß diese kirchliche Hilfsstelle endlich eingerichtet wurde. Sechs lange Jahre der Verfolgung hatte die evangelische Kirche ihre "nicht-arisches" Mitglieder im Stich gelassen. Das ist eine große Schuld. Ihr Schweigen ist unbegreiflich und ihre Trägheit beschämend. Mahner und Initiativen hatte es wahrlich genug gegeben.

### *Vorgeschichte*

Zu Beginn des Jahres 1933 lebten etwa 525.000 Glaubensjuden in Deutschland. Nach den Rassegesetzen galten als "Juden" bzw. "Mischlinge" aber auch diejenigen, die unter ihren vier Großeltern mindestens einen hatten, der von einem Juden abstammte, auch wenn dieser schon seit Jahrzehnten zum Christentum konvertiert oder konfessionslos geworden war. Da diese "Rassejuden" bisher nirgends registriert worden waren, gibt es keine exakten Zahlen. Eine wohl realistische Schätzung kam für 1933 auf insgesamt 350.000 "Volljuden nichtjüdischen Glaubens" und "Mischlinge". Andere Schätzungen gingen von viel höheren Zahlen aus. Seit den Nürnberger Rassegesetzen 1935 unterschied man zwischen "Volljuden" und "Mischlingen" ersten oder zweiten Grades, die von den Ausnahmebestimmungen verschieden betroffen waren. Von 1933 bis 1945 sind – nach einer neueren Dokumentation – fast 2000 antijüdische Gesetze, Verordnungen und Richtlinien erlassen worden, die die jüdischen Deutschen zu Menschen zweiter Klasse degradierten, ihnen durch Berufsverbote die materielle Lebensgrundlage entzogen, ihren alltäglichen Lebensbereich auf ein Minimum einschränkten und schließlich ihre Deportation und Vernichtung besiegelten.

Die unterschiedslose Verfolgung der Glaubensjuden und der "nicht-arisches" Christen schuf eine Schicksalsgemeinschaft.

Doch die sachlichen Differenzen blieben auf beiden Seiten erhalten, traten aber mit zunehmender Verfolgung in den Hintergrund. D. h. auf christlicher Seite kam es im allgemeinen noch nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung und Überwindung des Antijudaismus und Antisemitismus. Und auf jüdischer Seite galt der getaufte "Jude" als Abtrünniger. Die verfolgten Glaubensjuden fanden Rückhalt in ihren Gemeinden und religiösen Traditionen.

Die "nichtarischen" Christen waren auch in ihrer Kirche weitgehend unerwünscht und wurden in den deutschchristlich geleiteten Landeskirchen nach dem Novemberpogrom aus der Kirchengemeinschaft ausgestoßen. Die Glaubensjuden hatten in der "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" eine Zentralinstanz mit Rabbiner Leo Baeck an der Spitze. Die großen jüdischen Organisationen gründeten bereits zu Beginn der Entrechtungspolitik den "Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau". Es bestanden gut funktionierende Auswandererorganisationen (Hilfsverein der Juden, Palästinaamt, Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge). Die "nichtarischen" Christen hatten nichts Vergleichbares. Erst die Verfolgung stellte sie vor die Aufgabe, sich zusammenzuschließen. Der im Juli 1933 gegründete "*Reichsverband nichtarischer Christen*" hatte aber nur etwa 4500 Mitglieder, keine profilierten Persönlichkeiten und keinen Einfluß.

Bereits im April 1933 forderte der Berliner Theologe Dietrich Bonhoeffer von der evangelischen Kirche: 1. den NS-Staat nach der Legitimität seines Handelns zu fragen, 2. den Opfern der Rasseverfolgung, "auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören", zu dienen und 3. "dem Rad selbst in die Speichen zu fallen" und unmittelbar politisch zu handeln. Und der Berliner Ökumeniker *Friedrich Siegmund-Schultze* schlug im Frühjahr 1933 die Gründung eines "Internationalen Hilfskomitees für deutsche (evangelische, katholische und mosaische) Auswanderer jüdischer Abstammung" vor. Die Realisierung scheiterte an seiner Ausweisung aus Deutschland, aber auch an dem Veto amerikanischer Ökumeniker gegen kirchliche Hilfe für Glaubensjuden. Lange bevor die Nazis den Kirchen nur die Betreuung ihrer eigenen rassistisch verfolgten Mitglieder genehmigten, hatten sie sich diese Beschränkung selber auferlegt. Der Greifswalder Neutestamentler Ernst Lohmeyer schrieb im August 1933 dem jüdischen Religionsphilosoph Martin Buber zu dem falschen Reden und Schweigen seiner Kirche: "Noch bitterer ist es, daß wenn die 'Diffamierung' politisch und sozial durchgeführt wird, daß

dann kein Theologe und keine Kirche nach dem Beispiel ihres Meisters zu den Verfeimten spricht: Mein Bruder bist Du . . .”

Aber nicht einmal für die "nichtarischen" Christen traten die Kirchenleitungen öffentlich ein. Nachdem die Deutschen Christen im Herbst 1933 die Einführung des staatlichen Berufsbeamtengesetzes mit dem "Arierparagrafen" beschlossen hatten, konnte die kirchliche Opposition die Durchführung vorläufig verhindern. Doch die Ablehnung des Gesetzes und die Solidarität mit den Betroffenen, die für den Pfarrernotbund verpflichtend war, wurde weder auf der Bekenntnissynode in Barmen noch später zur Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche erhoben. Sie hielt zwar an der Judenmission und der Taufe von Juden fest und lehnte eine Ausschließung der "nichtarischen" Mitglieder aus der Kirchengemeinschaft ab, ließ diese aber im Blick auf die politische und gesellschaftliche Entrechtung im Stich. Ein falsches Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre hinderte sie, gegen die gesetzlich geregelte Judenverfolgung des NS-Staates zu protestieren. So schwieg sie auch zu den Nürnberger Rassegesetzen.

Seit August 1934 bemühten sich *Marga Meusel* und *Charlotte Friedenthal* vom Evangelischen Bezirkswohlfahrtsamt der Inneren Mission in Berlin-Zehlendorf, *Friedrich von Bodelschwingh* in Bethel, dann *Theodor Wenzel* vom Provinzialausschuß der Inneren Mission für Berlin-Brandenburg und schließlich die Bekennende Kirche zu bewegen, eine zentrale Beratungsstelle für "nichtarische" Christen zu schaffen. Auf Anregung von Superintendent *Martin Albertz* (Berlin-Spandau) stellte *Marga Meusel* 1935 in zwei Denkschriften der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in Augsburg und der alt-preußischen Bekenntnissynode in Berlin-Steglitz die Aufgabe eindrücklich vor Augen. Im September 1935 schrieb sie in der zweiten Denkschrift: "Warum muß man sich immer sagen lassen aus den Reihen der nichtarischen Christen, daß sie sich von Kirche und Ökumene verlassen fühlen?. . . Warum tut die Kirche nichts? Warum läßt sie das namenlose Unrecht geschehen?. . . Warum betet sie nicht für die, die dies unverschuldete Leid und die Verfolgung trifft? Warum gibt es nicht Fürbittegottesdienste, wie es sie gab für die gefangenen Pfarrer? Die Kirche macht es einem bitter schwer, sie zu verteidigen." Doch die Denkschriften wurden nur zu den Akten gelegt. Auf Initiative von *Siegmund-Schultze* und Pfarrer *Hermann Maas* (Heidelberg) konstituierte

sich im Januar 1936 in London das "Internationale kirchliche Hilfskomitee für deutsche Flüchtlinge". Aber die deutsche Zweigstelle kam nie zustande. Einen Fürsprecher in der Leitung der Bekennenden Kirche erhielten die "nichtarischen" Christen erst, als Martin Albertz im Februar 1936 in sie berufen wurde.

Im September 1936 wurde der "Reichsverband nichtarischer Christen" in "*Paulusbund*" umbenannt. Der Berliner Literaturhistoriker *Heinrich Spiero* war seit Januar 1936 Vorsitzender. Der Verband organisierte für seine Mitglieder Vorträge, kulturelle und sportliche Veranstaltungen, juristische Beratung, Volkshochschul- und Berufsumschulungskurse. Er sorgte für die Betreuung der Jugend und für Ferienplätze für die Kinder u. a. Aber das war alles nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Im Frühjahr 1937 wurde der Bund verboten und die "Volljuden" – unter ihnen Spiero – ausgeschlossen. Für die "Mischlinge" bestand noch zwei Jahre die "*Vereinigung 1937*". Spiero betreute die "Volljuden" in einem kleinen privaten Hilfsbüro. Da ihm die Auswandererberatung nicht genehmigt worden war, bemühten er und Albertz sich um die Entsendung eines Engländers nach Berlin, der diese Aufgabe übernehmen sollte. Im Januar 1937 traf der *Bischof von Chichester, George Bell*, mit Spiero und Charlotte Friedenthal, der Mitarbeiterin von Albertz, in Berlin zusammen. Auch der Berliner Geschäftsmann Wilfrid Israel u. a. wandten sich an Bell.



*Laura Livingstone*

Daraufhin kam dessen Schwägerin, *Laura Livingstone*, im September 1937 nach Berlin. So entstand im Büro Spiero, Berlin W 15, Brandenburgische Str. 41, das "Büro Miss Livingstone". Eine

Bekannte schrieb: "Sie strahlte Güte und Sanftmut aus, aber zur gleichen Zeit kämpfte sie wie ein Tiger für Recht und Gerechtigkeit, die sie mit festem Glauben vertrat." Sie arbeitete ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit. Rechtliche Grenzen und fehlende finanzielle Mittel hemmten ihre Arbeit. Für die ständig wachsenden Aufgaben war ihr Büro bald zu klein.

Die kleine "*Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker)*", die nur etwa 200 Mitglieder in Deutschland hatte, half politisch und rassistisch Verfolgten in beachtlicher Weise. Die konfessionelle und politische Haltung des Hilfesuchenden spielte für sie keine Rolle. Ihr organisatorisches Zentrum war das Internationale Sekretariat in Berlin NW 7, Prinz-Louis-Ferdinand-Str. 5 (heute: Planckstr. 20, am S-Bahnhof Friedrichstraße), das "Quäkerbüro". Hier arbeiteten Vertreter der deutschen, englischen und amerikanischen Quäker zusammen. Ab Frühjahr 1933 kümmerten sich Corder Catchpool und Gilbert MacMaster besonders um politische Gefangene (z. B. Carl von Ossietzky, Erich Mühsam, Ernst Reuter) und deren Angehörige und setzten sich bei der NS-Regierung für die Schließung der Konzentrationslager ein. Ab 1938 trat die Auswanderungswelle für Rasseverfolgte in den Vordergrund. Dafür waren vor allem Roger Carter (1938/39) und Leonard Kenworthy (1940/41), danach die deutschen Quäkerinnen Olga Halle und Martha Röhn zuständig. Ihre Arbeit wurde von 21 Quäker-Vertrauensleuten in ganz Deutschland unterstützt, z. B. von Margarethe Lachmund in Anklam. Besondere Bedeutung hatte das "German Emergency Committee" der Quäker in London, mit dessen Hilfe etwa 6000 Verfolgte England bis Kriegsbeginn erreichten.

Die katholische Kirche hatte für die Auswandererberatung 1933 ein "Sonderhilfswerk" des *St. Raphaels-Verein* in Hamburg und für die fürsorgliche Betreuung im Lande 1934 in Berlin das "Caritas-Notwerk" im Deutschen Caritasverband geschaffen. Der "Hilfsausschuß für katholische Nichtarier" koordinierte ihre Arbeit seit März 1935. Anfang September 1938 wurde das "*Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin*" in Berlin C 2, Oranienburger Str. 13-14 gegründet und damit die Betreuung katholischer Rasseverfolgter aus dem Caritasverband in den engeren kirchlichen Bereich verlagert. Referent des Ordinariats für das Hilfswerk war *Dompropst Bernhard Lichtenberg*. Seit der Pogromnacht betete er jeden Abend im Gottesdienst in der St. Hedwigs-kathedrale für die "nichtarischen" Christen, Juden und



*Dompropst Bernhard Lichtenberg*

Gefangenen in den Konzentrationslagern. "Wenn wir als Priester schweigen, dann werden doch die Leute noch ganz irre", erklärte er einmal. Als er im Oktober 1941 selber verhaftet wurde, übernahm Bischof Preysing die Leitung des Hilfswerkes. Geschäftsführer waren Paul Wizinger (bis April 1939), Viktor Engelhardt (bis September 1941) und danach Margarete Sommer. Dompropst Lichtenberg starb im November 1943 während des Transportes in das KZ Dachau.

### *Aufbau der Hilfsstelle*

Wenn die katholische Kirche und die Quäker Hilfsstellen aufbauen konnten, warum war die evangelische Kirche, zumindest die Bekennende Kirche dazu nicht in der Lage, zumal etwa 80% der "nichtarischen" Christen Protestanten waren? Als die Leitung der Bekennenden Kirche im Mai/Juni 1938 Pfarrer Heinrich Grüber mit der Betreuung der evangelischen "Nichtarier" beauftragte, zog gerade eine neue Welle der Rasseverfolgung über das Land. In Österreich war nach dem sogenannten "Anschluß" Mitte März die brutale Vertreibung der Juden begonnen worden und im "Altreich" bereiteten verschärfte Gesetze die wirtschaftliche Ausplünderung und weitere Entrechtung der Juden vor. Viele

wollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen. Doch die internationale Flüchtlingskonferenz, die im Juli 1938 in Evian am Genfer See stattfand, ergab, daß die dort vertretenen 32 Staaten die Flüchtenden nicht aufnehmen wollten. Dieser negative Ausgang war sicher ein Grund, daß Grüber in einer Denkschrift an das Auswärtige Amt um die offizielle Genehmigung der kirchlichen Hilfsarbeit für Rasseverfolgte bat. Und über den Londoner Sekretär des Internationalen Missionsrates, Reverend W. Paton, versuchte Grüber, in verschiedenen Ländern Christen zu gewinnen, die bei ihren Regierungen für die Erleichterung der Einwanderungsbestimmungen eintraten.

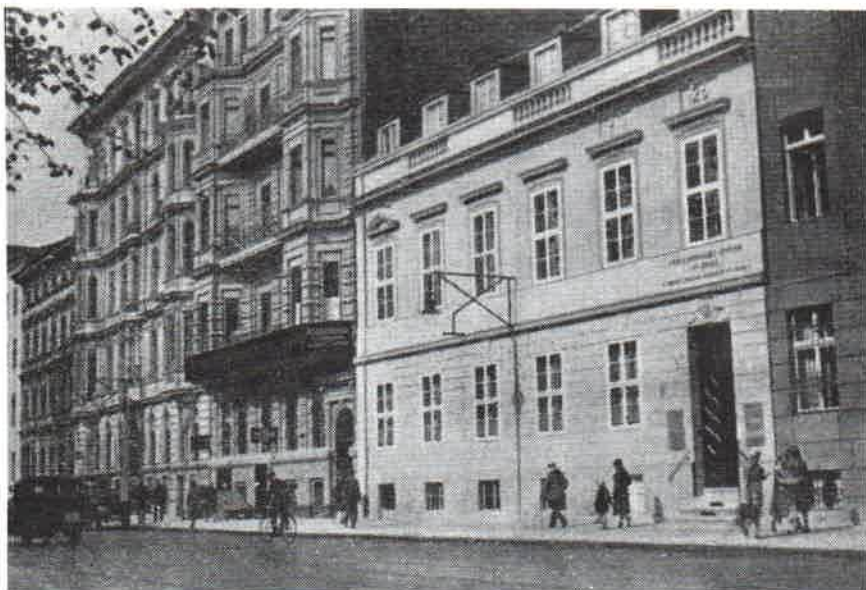
In Berlin arbeitete Grüber mit Martin Albertz, Laura Livingstone, Pfarrer *Adolf Kurtz* (Zwölfapostelkirche am Nollendorfplatz) u. a. eng zusammen. Pfarrer Kurtz führte in seiner Wohnung Sprechstunden für Berliner Verfolgte durch, während Grüber sich auf die Organisation und Koordination der kirchlichen Hilfsarbeit im Deutschen Reich konzentrierte. Im Laufe eines dreiviertel Jahres gelang es Grüber, ein Netz von 22 Hilfsstellen in 20 größeren Städten zu knüpfen. Diese Vertrauensleute – eine damals übliche Bezeichnung – waren Beauftragte der Bekennenden Kirche oder Geschäftsführer der Provinzialverbände der Inneren Mission. Wahrscheinlich half Pfarrer *Werner Sylten* im Herbst 1938 Grüber im Reisedienst. Sylten war aus politischen Gründen ("wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat") als Leiter eines Fürsorgeerziehungsheimes der Thüringer Kirche entlassen worden und verlor dann durch die Schließung des Büros der Thüringer Bekenntnisgemeinschaft in Gotha im März 1938 auch seine neue Arbeitsstätte. Er gehörte selber zum Kreis der Rasseverfolgten. Im Kaulsdorfer Pfarrhaus arbeitete *Inge Jacobson* als Sekretärin Grübers für diese besondere Hilfsarbeit und wurde dann Chefsekretärin im "Büro Pfarrer Grüber". Grüber stand auch mit Pastor Friedrich von Bodelschwingh (Bethel) und Pastor *Paul Braune* (Lobetal) in Verbindung. Nach dem Pogrom verhandelten beide in der Reichskanzlei, um die Genehmigung zur Hilfe für Rasseverfolgte durch kirchliche Stellen zu erhalten. Am 7. Dezember 1938 reichte Braune eine Denkschrift "Zur Lage der nichtarischen Christen" in der Reichskanzlei ein. Zwischen Grüber und Braune bestand zunächst eine Art Aufgabenteilung: Während Grüber die Auswanderungshilfe organisierte, lag Braune als Vizepräsident des Centralausschusses der Inneren Mission an der Förderung der fürsorgerischen Betreuung alter und kranker Rasseverfolgter, die nicht mehr aus-



*Inge Jacobson*

wandern konnten. Grüber hoffte, durch die Zusammenarbeit mit Bodelschwingh und Braune eher die Genehmigung durch staatliche Stellen und die finanzielle Unterstützung durch kirchliche Stellen zu erreichen. Braune setzte sich für die Anerkennung der Hilfsstelle Grübers als eingetragenen Verein ein, damit sie auch die fürsorgliche Betreuung übernehmen konnte, die die übrigen Anstalten der Inneren Mission ablehnten.

Als Anfang Dezember 1938 die englische Judenmission ihr Haus in der Oranienburger Straße 20 zur Verfügung stellte, wurden die Sprechstunden von Pfarrer A. Kurtz hierhin verlegt. Die Bemühungen von Kurtz und Grüber flossen so im "Büro Pfarrer Grüber" zusammen. Am 19. Dezember 1938 hatte Grüber in dem neuen Büro bereits fünf, im Februar 1939 dreißig und im Juli 1939 sogar fünfunddreißig Mitarbeiter. Die Aufgaben nahmen in den ersten Wochen bereits solche Ausmaße an, daß Pfarrer Sylten Anfang Januar 1939 größere Büroräume suchen mußte. Am 25. Januar zog nur die Auswanderungsabteilung in das Haus "AN DER STECHBAHN 3-4" gegenüber dem Berliner Schloß. Die anderen Abteilungen blieben bis Oktober 1939 noch in der Oranienburger Straße, so daß es einige Monate zwei Büros gab. Die Auswanderungsabteilung leitete Ministerialrat a.D. *Paul Heinitz*. Für die verschiedenen Auswanderungs- und Sachgebiete gab es Referenten (Commonwealth-Staaten: L. Livingstone, Südamerika: *Werner Hirschwald*, Skandinavien: *Sylvia Wolff* u. a.). Im Februar 1939 kamen täglich etwa 100-120 Rat- und Hilfe-



Berlin C2, Oranienburger Straße 20

suchende in die Abteilung. Die Wohlfahrtsabteilung leitete Obermagistratsrat a.D. *Richard Kobrak*, die Abteilung Kinder-verschickung Studienrätin a.D. *Margarete Draeger* und die Seelsorge-Abteilung *Erwin Reisner*. Pfarrer Werner Sylten war Grübers Stellvertreter.

Die Vertrauensleute rief Grüber mehrmals zu Beratungen wichtiger organisatorischer Maßnahmen nach Berlin. Die regelmäßige Verbindung zwischen dem Berliner Büro und den Zweigstellen waren die Rundbriefe "An die Vertrauensleute", die ab Dezember 1938 Grüber, später auch Sylten schrieben und die hektographiert wurden. Sie informierten über die Arbeit des Berliner Büros, Ergebnisse von Verhandlungen und Auslandsreisen, Auswanderungs- und Einwanderungsbestimmungen einzelner Länder, Auswanderungsangebote, Umschulungslager, Siedlungsprojekte u. a. In den Rundbriefen teilte Grüber auch die Erwartung mit, "daß die Arbeit der Provinzstellen auch in der Provinz gemacht wird. Wir können nicht in Berlin alles konzentrieren. . ." Leider sind die Akten der Vertrauensleute bis auf geringe Reste nicht erhalten geblieben, so daß über sie nur noch wenig in Erfahrung zu bringen ist. Pfarrer Johannes Zwanzger, der die Hilfsstelle der Inneren Mission in München leitete, teilte in einem instruktiven Bericht mit: "Von den von mir Betreuten konnten bis Kriegsaus-



*Pfarrer Werner Sylten*

bruch 48 Personen auswandern, danach nur noch 17, die Letzten im September 1940. Aufs Ganze gesehen eine kleine Zahl, aber dahinter steht eine Unsumme von Mühe, Schreibereien, Rückschlägen und Enttäuschungen. Aber es sind 65 gerettete Menschenleben.”

#### *Ökumenische Zusammenarbeit*

Unermüdlich bemühte sich Grüber, die Auswanderungsmöglichkeiten zu verbessern und neue Wege zu erschließen. Von seinem umfangreichen Briefwechsel mit ausländischen Hilfskomitees sind nur noch Bruchstücke erhalten. Mehrmals reiste er nach Amsterdam, London und in die Schweiz. Da die meisten Länder die Aufnahme von Flüchtlingen drosselten, schlug er die Schaffung von Transmigrationslagern vor. Sie sollten es den Rasseverfolgten ermöglichen, erst einmal aus Deutschland herauszukommen und die Weiterwanderung in entferntere Länder dort in Ruhe vorzubereiten. Bei einer Konferenz in Utrecht bat Grüber, einen Fonds zur Erarbeitung von Auswanderungsplänen zu schaffen. Er unterstützte die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Hilfskomitees und regte eine Konferenz von Vertretern aller europäischen Hilfsstellen für "nichtarische" Christen an. Das Büro Grüber arbeitete in den Niederlanden vor

allem mit dem "Protestantischen Hilfskomitee", in Großbritannien mit dem "Germany Emergency Committee" der Quäker, der "International Hebrew Christian Alliance" und dem "Church of England Committee for Non-Aryan Christians", in der Schweiz mit dem "Schweizerischen evangelischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland" und dem Flüchtlingsdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf zusammen. Grübers Mitarbeiterin Sylvia Wolff reiste mehrfach nach Schweden, wo sie mit der "Svenska Israelmission" die Aufnahme von Jugendlichen organisierte. Für die Kinderverschickung nach Holland und England war Margarete Draeger im Büro Grüber zuständig. Da der englische Partner (Movement for the Care of Children from Germany) nicht mit allen Hilfsstellen separat verhandeln wollte, wurde Ende Mai 1939 der "Zentralausschuß für die Verschickung nichtarisch-christlicher Kinder" in Berlin konstituiert, in dem das Büro Grüber, das katholische Hilfswerk und die Quäker zusammenarbeiteten.

Neben der Einzelauswanderung bemühte man sich um die Gruppenauswanderung. Das Büro Grüber unterstützte deshalb z.B. das Siedlungsprojekt von Heinz Tirschtigel und Gerhard Simson, die mit dem Vermögen christlicher "Nichtarier", Bankkrediten und kirchlichen Geldern in São Paulo (Südbrasilien) eine Papierfabrik bauen und auf diese Weise 750 christlichen Rasseverfolgten die Auswanderung dorthin und einen Arbeitsplatz ermöglichen wollten. Das Projekt scheiterte leider am Kriegsausbruch. Da die Aufnahmeländer vor allem Landarbeiter suchten, war die Auswanderung in der Regel mit der Bereitschaft verbunden, den erlernten Beruf aufzugeben und schwere, primitive Arbeit zu verrichten. Für viele war es die einzige Möglichkeit, ihr Leben zu retten. Aber wurde damit das Problem gelöst? Der Dresdner Romanist und "nichtarische" Christ Victor Klemperer notierte im Januar 1939 in sein Tagebuch: "Es ist eine Sinnlosigkeit und ein Verbrechen wider Natur und Kultur, wenn die westeuropäischen Emigranten nun durchaus in Landarbeiter umgewandelt werden sollen." Und vorher hatte er geschrieben: "Es gibt keine deutsche oder westeuropäische Judenfrage. Wer sie anerkennt, übernimmt oder bestätigt nur die falsche These der NSDAP und stellt sich in ihren Dienst. . . Es gibt nur eine Lösung der deutschen oder westeuropäischen Judenfrage: die Mattsetzung ihrer Erfinder. . . Und die Welt – denn nun ist ja wirklich die Welt davon betroffen – wird dazu gezwungen sein."

Die Auswanderungshilfe lief für die Bedrohten viel zu spät und zu langsam an und gestaltete sich schwieriger als erwartet. In den Rundbriefen bat Grüber die Vertrauensleute immer wieder, die von ihnen Betreuten zu beruhigen und ihnen zu versichern, daß das Büro unermüdlich an der Verbesserung der Möglichkeiten arbeite. Er mußte sie aber auch informieren, daß Kindertransporte nach England abgesetzt wären, weil 700 Kinder nicht untergebracht werden könnten, 400 Frauen in Lagern gepflegt werden müßten, weil sie nicht als Hausangestellte arbeiten könnten oder wollten, und die Siedlungsprojekte stockten. Am 25. April 1939 schrieb er: "Die Schwierigkeiten der ganzen Welt liegen darin, daß die Menschen, die herausgegangen sind, nicht den Erwartungen entsprochen haben. . ."

### *Reichsvereinigung der Juden*

Der Aufbau des Büro Grüber war noch nicht einmal abgeschlossen, als seine Weiterarbeit schon in Frage stand. Die Erfolge des SS-Untersturmführers Eichmann bei der Vertreibung der Juden aus Österreich – 50.000 in drei Monaten! – veranlaßten den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, nach dem Novemberpogrom die Errichtung einer vergleichbaren Vertreibungszentrale für das "Altreich" vorzuschlagen. Obwohl Hermann Göring sofort zustimmte, erfolgte die Neuorganisation erst im Februar 1939. Im Reichsinnenministerium wurde aus Vertretern aller an der Vertreibung der Juden beteiligten Dienststellen die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" gegründet, die Heydrich leitete. Außerdem wurde die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" geschaffen, in der die "Rassejuden" zwangsweise Mitglieder werden mußten. Sie entstand durch eine geringfügige Umstrukturierung der "Reichsvertretung der Juden" in Berlin W12, Kantstraße 158. In sie wurden alle jüdischen Gemeinden, Vereine, Stiftungen usw. eingegliedert und durch die zentrale Organisation leicht dirigierbar gemacht. Das Infame an dem Heydrich-Plan war, daß die Juden selber an ihrer Vertreibung aus Deutschland maßgeblich mitwirken mußten. Ein weiteres Problem bestand darin, daß die Einrichtungen und Auswanderungsbehörden der Glaubensjuden nun auch für die christlichen und konfessionslosen Rasseverfolgten zuständig sein sollten. Würden sie ihnen genauso helfen oder führte diese Regelung zur Benachteiligung letzterer?

Am 6. Februar 1939 erfuhr Grüber aus der ausländischen Presse erstmals von diesem Plan. Am 14. Februar schrieben er und Pater *Max Größer*, der Generalsekretär des St. Raphaelsverein an Heydrich und baten, daß für die christlichen Rasseverfolgten eine Sonderregelung getroffen werde und die bestehenden christlichen Hilfsstellen weiterhin und unabhängig von der Reichsvereinigung arbeiten könnten. Am 21. Februar sprach Grüber mit dem Referenten für "jüdische Angelegenheiten" der Gestapo, Kurt Lischka. Er bestätigte zwar, daß für ihn "Jude gleich Jude" sei, ließ aber durchblicken, daß sie niemand hindern werden, der bei der Auswanderung helfe. Am 6. März schrieb Grüber an *Rabbiner Leo Baeck*, der als bisheriger Vorsitzender der Reichsvertretung nun auch Vorsitzender der Reichsvereinigung war, und unterbreitete ihm einen Vorschlag für die Zusammenarbeit. Baeck konnte darauf nicht eingehen, weil die Reichsvereinigung in diesen Fragen von der Gestapo abhängig war. Nach einem Gespräch des Präsidenten des St. Raphaelsverein, *Bischof Berning*, mit dem SS-Juristen Werner Best schrieben Grüber und Größer am 23. März erneut an Heydrich und baten, die christlichen Hilfsstellen bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung ausdrücklich anzuerkennen. Als das Gesetz – die 10. Verordnung zum "Reichsbürgergesetz" – am 4. Juli 1939 endlich erschien, war im Text von den christlichen Hilfsstellen keine Rede. Trotzdem war ihre Weiterarbeit durch vielfältige Verhandlungen inzwischen gesichert worden. Am 10. Mai hatte eine zweite Unterredung Grübers mit Lischka stattgefunden. Er legte ihm Berichte über die bisher geleistete Arbeit seines Büros und des St. Raphaelsvereins vor und erfuhr, daß beide Hilfsstellen im Rahmen der Reichsvereinigung relativ selbständig weiterarbeiten könnten. Bei der 2. Arbeitsbesprechung der "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" bezeichnete Lischka die beiden christlichen Hilfsstellen als "Sonderabteilungen" der Reichsvereinigung. Sie unterstanden zunächst der Aufsicht Lischkas und nach der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes im September 1939 dem Sonderreferenten für "Judenangelegenheiten" Eichmann in Berlin W 30, Kurfürstenstraße 115-116.

Am 20. Juni 1939 fand eine Beratung von Vertretern der Reichsvereinigung, des Büro Grüber und des St. Raphaelsverein über die künftige Zusammenarbeit statt. In diese Vereinbarung wurde nachträglich das Quäkerbüro einbezogen, dem die Hilfsarbeit für konfessionslose Rasseverfolgte übertragen wurde. Die Neuorganisation des Auswanderungswesens erforderte auch eine Um-

strukturierung im Büro Grüber. Aus einem Protokoll vom 21. Juni geht hervor, daß das "Büro Miss Livingstone" nun als "England-Abteilung" fest eingegliedert wurde, weil ausländische Hilfsstellen nicht mehr erlaubt waren. Außerdem wurde beschlossen, in einer Kartei alle Namen der Betreuten zu erfassen. Am 12. Juli teilte die Reichsvereinigung in einem Rundschreiben die Vereinbarung mit den drei nichtjüdischen Hilfsstellen und ein Verzeichnis ihrer Vertrauensstellen mit. Am 24. Juli informierte Grüber in einem Rundschreiben alle maßgeblichen kirchlichen Stellen, daß sein Büro und die Vertrauensleute entsprechend der 10. Verordnung zum "Reichsbürgergesetz" als "betreuende Stelle" für alle evangelischen Rasseverfolgten anerkannt worden sei.

Die Neuorganisation des Auswanderungswesens durch Heydrich förderte auf administrativem Wege die Zusammenarbeit der Reichsvereinigung mit den genannten drei Hilfsstellen, aber auch die Kooperation letzterer untereinander. Neben dem "Zentralausschuß für die Verschickung nichtarisch-christlicher Kinder" wurde am 4. Juli 1939 ein "Passagen-Bewilligungsausschuß" gebildet, in dem die drei Hilfsstellen paritätisch vertreten waren. Dieser Ausschuß war erforderlich, weil seit dem 1. März 1939 von allen Rasseverfolgten eine "Auswanderer-Abgabe" erhoben wurde. Sie war nach dem Vermögen gestaffelt, so daß reichere Verfolgte die Kosten der Auswanderung der Ärmern mittrugen. Den drei Hilfsstellen stand ein Anteil an diesen Einnahmen der Reichsvereinigung zu. Das Büro Grüber erhielt seit dem 1. Juli 1939 von der Reichsvereinigung monatlich einen Zuschuß von 5000,- RM. Der Passagen-Bewilligungsausschuß hatte über die Gewährung von Beihilfen zu den Auswanderungskosten, z. B. Schiffs-Passagen, zu entscheiden. Er trat zunächst jeden Dienstag zusammen.

### *Familienschule*

Mit der 10. Verordnung zum "Reichsbürgergesetz" war der Reichsvereinigung nicht nur die Organisation der Auswanderung und Wohlfahrt, sondern auch die Sorge für den Schulunterricht für alle Rasseverfolgten übertragen worden. Nach dem Novemberpogrom hatte Minister Rust alle "nichtarischen" Kinder vom weiteren Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen, weil es keinem "deutschen Lehrer. . . mehr zugemutet werden (kann), an

jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen", und es "für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen." Da die Kinder von Glaubensjuden längst jüdische Schulen besuchten, traf diese Verordnung besonders die Kinder, die nur nach den Rassegesetzen als "Juden" galten. Einige von ihnen besuchten daraufhin jüdische Privatschulen. Ein Rundschreiben des Bruderrates der Bekennenden Kirche in Berlin vom 23. November 1938 regte die Bildung privater Schulzirkel an. Ein solcher Schulzirkel entstand auf Initiative von Pfarrer A. Kurtz und Vikarin *Klara Hunsche* am 6. Januar 1939 im Pfarrhaus An der Apostelkirche 3. Dieser Schulzirkel bezog die Räume in der Oranienburger Straße 20, die durch die Verlegung der Auswanderungsabteilung des Büro Grüber in das Haus "An der Stechbahn" frei geworden waren. Im August 1939 gehörten diesem Schulzirkel 22 Schüler an.

Nachdem die Reichsvereinigung im Juli 1939 Träger des Schulwesens geworden war, wurde auch hier eine Form der Zusammenarbeit gesucht, die die christlichen Kinder in den jüdischen Konfessionsschulen nicht noch weiter isolierte. Es wurde die Bildung von Sonderklassen oder christlicher Schulen für rassisch verfolgte Kinder vorgeschlagen, für die die Reichsvereinigung nur eine Art Oberaufsicht tragen sollte. Obwohl die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche in einem Rundschreiben vom 25. Juli 1939 die Einrichtung solcher Schulen in mehreren größeren Städten vorgeschlagen hatte, kam sie nur in Berlin zustande. Das Büro Grüber und das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin vereinbarten, den bereits bestehenden Schulzirkel in der Oranienburger Straße 20 als evangelisch-katholische Schule auszubauen. Sie bestand aus einer Klasse für Grundschüler (1.-4. Schuljahr), zwei Aufbauklassen der Volksschule (V 5/6 und V 7/8) und zwei Klassen der Höheren Schule (H 1/2 und H 3/4). Da sie den gesetzlichen Anforderungen für Schulen nur teilweise entsprach, beantragte die Reichsvereinigung beim Stadtpräsidenten von Berlin im November 1939, sie als "erweiterten Privatunterricht in Form der Familienschule" zu genehmigen. Deshalb erhielt die "Grüber-Schule", wie die Schüler sie nannten, im Frühjahr 1940 die Bezeichnung "Familienschule".

Im November 1939 besuchten 42 Schüler und Schülerinnen, im Juni 1940 schon 50 und im Februar 1941 mehr als 100 diese Schule. Im November 1939 unterrichteten 4 Lehrerinnen (*Frieda Fürstenheim, Lilly Wolff, Käthe Bergmann* und – 6 Stunden – *M. Drae-*

ger). 1940 kamen noch *Hildegard Kuttner*, *Rosa Ollendorf* und 1941 *Lisa Eppenstein* hinzu. Den Religionsunterricht erteilten den evangelischen Schülern Vikarin Hunsche und den katholischen Schwester Maria Servatae. Für den Unterricht trug wohl im wesentlichen die Bekennende Kirche Berlins die Verantwortung, während für die verwaltungstechnischen Fragen E. Reisner vom Büro Grüber zuständig war. Die Vergrößerung der Schule hatte zur Folge, daß ab Sommer 1940 Unterricht sowohl in der Oranienburger Straße 20 als auch in den Räumen des Büro Grüber An der Stechbahn 3-4 erteilt wurde. Noch heute erinnern sich ehemalige Schülerinnen an die ausgesprochen gute Atmosphäre zwischen Lehrern und Schülern. Daß Jungen und Mädchen gemeinsam in einer Klasse waren, empfanden sie nicht als Notbehelf, sondern als modern. Inge Lichtenfels, geb. Puls, die von März 1939 bis Mai 1941 die "Familienschule" besuchte, schreibt: "An meine Mitschüler kann ich mich sehr gut erinnern, und so unglaublich es auch heute klingt, wir waren doch ganz vergnügt, ärgerten die Lehrer und stellten allen möglichen Blödsinn an. Es gab eine Klassenzeitung, wir hatten einen Klassenclub, in dem jeder einen Orden bekam, dem es gelang, den Unterricht erfolgreich zu unterbrechen. . ."

### *Im zweiten Weltkrieg*

Heydrichs Konzept der Massenvertreibung schien zunächst aufzugehen. Bei der 2. Arbeitsbesprechung der "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" am 29. Juni 1939 teilte Lischka mit, daß von Februar bis Mai 34.040 "Juden" aus dem "Altreich", aus dem Reichsgebiet insgesamt sogar 70.000 ausgewandert wären. Nach Schätzungen Werner Rosenstocks sind von 1933 bis zum Novemberpogrom etwa 150.000 und vom Novemberpogrom bis zum Beginn des Krieges etwa 80.000 "Juden" ausgewandert. Das Büro Grüber in Berlin hat von Dezember 1938 bis August 1939 nach Angaben Grübers 1139 Personen und von Juli 1939 bis Anfang Oktober 1940 nochmals 580 Personen bei der Auswanderung helfen können. Da beide Zeiträume sich etwas überschneiden und die Zahlen der Vertrauensstellen nicht enthalten sind, wird die Gesamtzahl 1700 bis 2000 betragen haben.

Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 veränderte die Lage völlig. Die Auswanderung wurde immer schwieriger. Die europäischen Staaten schlossen ihre Grenzen für deutsche Flüchtlinge endgültig. Die legale Auswanderung kam fast nur noch in überseeische Länder in Frage. Das Brasilienprojekt, auf das man im Büro Grüber so große Hoffnungen gesetzt hatte,

war gescheitert. Eine Umfrage der Abteilung Kinderverschickung belegt, daß man hoffte, wenigstens schon die Kinder nach den USA bringen zu können, deren Eltern wegen der geringen Quoten noch auf den USA-Wartelisten standen. Aber das klappte auch nicht. Grüber war unermüdlich bemüht, neue Wege zur Auswanderung zu finden und die dafür erforderlichen Gelder zu erhalten. Während Grüber hoffte, daß das Protestantische Hilfskomitee in Amsterdam den Brückendienst zu den überseeischen Ländern übernehmen könne, begannen der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen *W. A. Visser't Hooft* und *Adolf Freudenberg* den Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf als Brückenkopf aufzubauen. Diese Abteilung des ÖRK wurde in den folgenden Jahren für viele Rasseverfolgte ein "Blinkzeichen der Hoffnung". Mit besonderer Erlaubnis Eichmanns durfte Grüber Ende März 1940 nochmals in die Schweiz fahren, um Auswanderungsfragen zu beraten. In Genf bat er Visser't Hooft, sich mit kirchlichen Stellen in Shanghai in Verbindung zu setzen, um wenigstens einigen Rasseverfolgten die Einwanderung ohne das geforderte Vorzeigegeld von 400 Dollar, das sie nicht hatten, zu ermöglichen. Sie telegrafierten auch nach New York, um durch größere Spenden einige Plätze in den USA zu erhalten. Doch als Antwort erfuhren sie, daß große Beträge unwahrscheinlich wären. Grübers Mitarbeiterin *Sylvia Wolff* durfte im Mai 1940 nochmals nach Schweden fahren. Aber die Auswanderung war ins Stocken gekommen. Die Gestapo hatte inzwischen auch ihr Konzept der Vertreibung geändert.

Im Oktober 1939 waren auch die Abteilungen des Büros, die noch in der Oranienburger Straße 20 waren, in das Haus An der Stechbahn verlegt worden. im November 1939 wurde eine Umstrukturierung erforderlich. Aus nicht mehr bekannten Gründen mußte sich Grüber mehr und mehr aus der Arbeit des Büros zurückziehen, so daß *W. Sylten* als "ständiger Stellvertreter des Leiters" im Grunde die Leitung übernahm. Auf Vorschlag Grübers wurde ein Beirat berufen, dessen Mitglieder zwar "nicht im Dienst des Büros stehen, aber für die Arbeit Verständnis haben, ... Bericht empfangen und neue Vorschläge und Anregungen mit überdenken". Diesem Beirat, der am 10. November 1939 erstmals zusammentrat, gehörten *Martin Albertz*, *Paul Braune*, Rechtsanwalt *F. W. Arnold* und Amtmann *Erich Schako* an. Ein "Geschäftsplan" des Büros von Anfang 1940 enthält die Namen von 27 Mitarbeitern, die in 4 Abteilungen tätig waren: Die "Allgemeine Abteilung" (Leiter: *W. Sylten*) hatte 14, die "Wanderungsabteilung"



Berlin C2, An der Stechbahn 3-4

(Leiter: P. Heinitz) hatte vier, die "Wohlfahrtsabteilung" (Leiter: R. Kobrak) hatte sechs und die "Abteilung Kirche und Schule" hatte drei Mitarbeiter. Je geringer die Möglichkeit zur Auswanderung wurde, umso mehr nahmen die Aufgaben der Wohlfahrtsabteilung und der Seelsorge zu. Im Dezember 1939 schrieb W. Sylten an einen befreundeten Pfarrer in Thüringen: "Ich arbeite nach wie vor in Berlin weiter, und es gibt viel zu tun, auch wenn die spezielle Förderung der Auswanderung noch schwerer, wenn nicht gar unmöglich geworden ist. Aber tausend andere Nöte gibt es zu vernehmen, zu lindern, abzustellen oder tragen zu helfen." Grüber schrieb später zum Andenken an Pfarrer Werner Sylten: "Von den vielen tausenden Menschen, die hilfeschend in das Haus 'An der Stechbahn' kamen, ist keiner ungetröstet fortgegangen. Wenn menschliche Hilfe so oft ausblieb und versagte, dann schied doch jeder, der mit Werner Sylten zusammengekommen war, mit dem Bewußtsein, daß er nicht leer und hoffnungslos von dannen gehe. Manche haben es dankbar bestätigt, daß sie zwar zu ihm gekommen seien und andere Hilfe erwartet hätten, daß sie aber Besseres und Bleibendes mitgenommen hätten."

Die Differenzen mit der Gestapo nahmen zu. So kam es schon zu Schwierigkeiten, weil Grüber alle Freunde und Betreuten aufgerufen hatte, Kleider, Wäschestücke und Schuhe für die nichtprivilegierten Rasseverfolgten zu spenden. Die Spannungen hatten ihre Ursache wohl darin, daß die Gestapo nicht mehr auf Auswanderungshilfe setzte, sondern bereits im Herbst 1939 mit der Deportation von Juden aus Österreich nach Polen begonnen hatte, die dort in Großghettos zusammengepfercht wurden. Am 13. Februar 1940 erfolgte die erste Deportation aus dem "Altreich" – 1200 Juden aus Stettin nach Lublin. Die Proteste – auch Grüber protestierte bei Göring und anderen! – veranlaßten Göring, weitere Deportation nach Polen zunächst zu verbieten. Im Juli 1940 bestand kurze Zeit der sogenannte "Madagaskar-Plan", d. h. der Vorschlag, alle Juden auf die Insel zu deportieren. Am 22./23. Oktober 1940 wurden 18 400 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet in das Lager Gurs in Südfrankreich deportiert. Nun beschränkte sich Grüber nicht mehr auf Proteste. Mit Hans von Dohnanyi und der Abwehr-Abteilung wurde der Plan entwickelt, Grüber mit einem Abwehr-Paß ins Lager Gurs zu schleusen, damit er sich genauestens informieren könne. Da Grüber der Gestapo schon lange ein Dorn im Auge war und sie auf die Arbeit des Büros nicht mehr angewiesen war, ließ Heydrich ihn am 19. Dezember 1940 verhaften und zwei Tage später ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppen. Als Grund soll im Haftbefehl "Überschreitung der Kompetenzen und Quertreibereien" angegeben worden sein.

Pfarrer Werner Sylten wurde mit der Liquidation des Büros beauftragt. Am 1. Februar 1941 meldete er der Gestapo am Alexanderplatz, daß er alle Auswanderungsunterlagen der Reichsvereinigung übergeben habe. Dagegen bemühten er und andere sich, wenigstens die seelsorgerliche Betreuung fortsetzen zu dürfen. Die Gestapo stand diesem Plan wohl nicht völlig ablehnend gegenüber. So konnte er das bisherige "Büro Pfarrer Grüber" als "Evangelisches Hilfswerk" noch weiterführen. Am 27. Februar 1941 wurde aber auch er verhaftet. Als Grund wurde die Beteiligung an einem anonymen Protestschreiben gegen die Deportation Wiener Juden genannt, an dem er aber nicht beteiligt war. Nun mußte das Büro Grüber endgültig liquidiert werden.

Werner Sylten wurde nach dreimonatiger Untersuchungshaft Ende Mai 1941 ins Konzentrationslager Dachau verschleppt und ist nach schwerster Arbeit im August 1942 ermordet worden. Zu-

nächst drei, dann nur zwei Mitarbeiter aus dem Büro – *Paul Heinitz, Luise Wolff und Wolfgang Kolsen* – setzten die Auswanderungshilfe noch mehrere Monate in der Reichsvereinigung fort. Heinitz starb im Februar 1942, Luise Wolff konnte sich im Januar 1943 der Deportation durch Flucht entziehen und lebte illegal bei Pfarrer Braune in den Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal. Kolsen war – wie auch Leonhard Auerbach und Werner Jaffé – durch "privilegierte Mischehe" geschützt und überlebte. Heinz Elsberg und Margot Martin waren nach Schließung des Büros in verschiedenen Berufen tätig und überlebten ebenfalls. Erwin Reisner wurde von der Bekennenden Kirche als Hilfsprediger eingesetzt und war nach 1945 Professor an der Kirchlichen Hochschule in Berlin. Margarete Draeger leitete 1941/42 die "Familienschule", die von der Schließung des Büro Grüber zunächst noch nicht mitbetroffen war. Der Unterricht mußte aber sukzessive eingeschränkt werden, bis Ende Juni 1942 das endgültige Verbot erfolgte. Frau Draeger tauchte Ende 1942 unter, wurde aber doch noch aufgespürt und im August 1944 nach Auschwitz deportiert. Sechs weitere Mitarbeiter des Büros waren schon vor ihr oder kurz danach ins Warschauer Ghetto bzw. in die Konzentrationslager Auschwitz, Theresienstadt und Gleiwitz deportiert und ermordet worden: Günther Heinitz, Werner Hirschwald, Max Honig, Ingeborg Jacobsen, Elisabeth Kayser und Richard Kobrak. Über das Schicksal von sieben weiteren Mitarbeitern ist bisher nichts bekannt. Andere Mitarbeiter hatten schon vor dem 1. September 1939 oder im Frühjahr bzw. Sommer 1940 das Büro verlassen und konnten emigrieren, z. B.: Emmy Sachs, Lucie Tischer und Sylvia Wolff. Pfarrer Anton Keßler fiel im Dezember 1942 in Stalingrad, während Vikarin Dorothea Stutkowski sich in großer Not und Krankheit durchschlagen mußte. Pfarrer Heinrich Grüber wurde am 23. Juni 1943 aus dem Konzentrationslager Dachau entlassen, allerdings mit der Auflage, den Rasseverfolgten nicht mehr zu helfen.

*Bis auf wenige Ausnahmen waren die Mitarbeiter im Büro Grüber selber verfolgt und verfeimt, stellten aber ihre eigene Auswanderung zurück, um zunächst anderen zu helfen. Ihr Andenken gilt es wachzuhalten.*

Nun übernahmen in Berlin vor allem furchtlose Frauen aus bekennenden Gemeinden – *Gertrud Staewen, Helene Jacobs, Borette Burckhardt* und andere – und einige mutige BK-Pfarrer – So z. B. *Wilhelm Jannasch, Theodor Burckhardt, Eitel-Friedrich*

*von Rabenau* – die Sorge und – nun illegale – Hilfe für die Rasseverfolgten. Ein Kreis um *Franz Kaufmann*, der selber zu den Betroffenen gehörte, fälschte Pässe, sammelte Lebensmittelmarken und besorgte Unterkünfte, in denen die von der Deportation Bedrohten untertauchen konnten. Nicht selten blieb ihnen aber nur übrig, die zur Deportation Befohlenen auf ihrem schweren Weg zur Sammelstelle zu begleiten.

## Mahnung und Verpflichtung

Die vorstehenden Ausführungen über das "Büro Pfarrer Grüber", seine Mitarbeiter und die Menschen, denen geholfen werden konnte, beweisen zwingend die Notwendigkeit für ein öffentliches Gedenken an diese Arbeit und die damit verbundenen Frauen und Männer. Selbst in einer derartigen Tyrannei war es sinnvoll und richtig, entgegen aller menschlichen Schwäche zu widerstehen. Niemals dürfen die für das menschliche Hirn unvorstellbaren Taten des NS-Regimes vergessen werden; und daß nur verhältnismäßig Wenige sich dagegen zur Wehr setzten. Sie aber geben uns Hoffnung und Vorbild. Heute gilt es nicht, Asche zu verbrennen, sondern im Wissen um die Vergangenheit Zukunft zu gestalten.

Zunächst einmal zur Selbstbesinnung: Unsere Väter waren ja nicht schlechtere Christen als wir heute. Auch sie haben Gottes Wort studiert, Gottes Gebot und die frohe Botschaft gehört und auf ihre Weise zu leben versucht. Ihre Irrtumsfähigkeit erschreckt! Wie steht es um unsere Irrtumsfähigkeit? Aus den Leitsätzen der "Deutschen Christen":

- Die Volkskirche bekennt sich zu Blut und Rasse, weil das Volk eine Bluts- und Wesensgemeinschaft ist. Mitglied der Volkskirche kann daher nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Volksgenosse ist.  
Amtsträger der Volkskirche kann nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Beamter sein kann (sog. Arierparagraph).
- Weil die deutsche Volkskirche die Rasse als Schöpfung Gottes achtet, erkennt sie die Forderung, die Rasse rein und gesund zu erhalten, als Gottes Gebot. Sie empfindet die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Rassen als Verstoß gegen Gottes Willen.
- Gott stellt den Menschen in die Lebensordnung von Familie, Volk und Staat. Darum erkennt die Volkskirche im Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates den Ruf Gottes zu Familie, Volk und Staat.

Deutsche Christen waren ja nicht glaubenslose Eindringlinge von Außen; sie hatten an ordentlichen Universitäten Theologie studiert, ja lehrten an theologischen Fakultäten; der Reichsbischof Müller war ein frommer Wehrkreispfarrer und entstammte dem ostpreußischen Pietismus. Aber auch die Bekennende Kirche, auf

die sich unsere Kirche heute so gern beruft, verhinderte in ihrer Steglitzer Synode, sich überhaupt mit dem Satz auseinanderzusetzen: "Sowenig die Kirche dem Juden die Taufe verweigern kann, sowenig ist sie dem ungetauften Juden gegenüber von dem Liebesgebot Jesu Christi entbunden". Ein Satz, von dem man annehmen sollte, jeder Christ müsse ihn vertreten. Aber wie soll das auch in der Bekennenden Kirche Gemeingut sein, wenn einer ihrer führenden Vertreter sich so festlegt: "Das jüdische Volk steht 'unter besonderem Gericht'. Zu diesem Gericht gehört es, daß es den Völkern, unter die es zerstreut ist, so oft Verderben bringt. Wenn ein Staat diesem Verderben wehrt, so tut er seine Pflicht... der Staat darf, wo es Not tut, harte Maßnahmen nicht scheuen..."

Dessen ungeachtet aber gab es in der Bekennenden Kirche viele einzelne Frauen und Männer, die im Menschen das Ebenbild Gottes ohne jede Einschränkung erkannten; sie richteten sich nach dem Gleichnis vom "Barmherzigen Samariter". Darum war es kein Zufall, daß Heinrich Grüber aus eigenem Willen und im Auftrag der Bekennenden Kirche diese Aufgabe übernahm und zum Wohle und Nutzen vieler Verfolgter ausführte, ohne Rücksicht auf die eigene Person und seine Familie. Er und seine Familie waren "eigentlich nicht betroffen" von der Ausgrenzung.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Nazis im Jahre 1945 war Heinrich Grüber im wahrsten Sinne des Wortes ein Mann der ersten Stunde. Viele Aufgaben im staatlichen und kirchlichen Bereich bewältigte er mit der ihm eigenen Energie im Interesse des Aufbaus eines demokratischen Staatswesens und einer unabhängigen Kirche. 1945 wurde er Propst zu Berlin.

Für viele ehemals Verfolgte waren seine Predigten in der Marienkirche eine Heimstatt in der Kirche – von diesem Prediger wußten sie, daß er nach dem gepredigten Wort auch gehandelt hat als es schwer war. Bahnbrechend führten ihn viele Reisen nach dem Kriege ins Ausland, dort war er ein erfolgreicher Anwalt für das neue, friedliebende und demokratische Deutschland.

1961 war er deutscher Zeuge im Eichmann-Prozeß und trug damit wesentlich zur Herstellung einer Vertrauensbasis zwischen Israel und den Deutschen bei, zwischen Juden und den Christen. Wenn er vom Frieden zwischen Israel und den Christen sprach, schloß er den Frieden zwischen Ismael und Israel stets ein. Am 8. Mai 1970 würdigten Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin Hein-

rich Grüber, indem ihm die Würde eines Ehrenbürgers verliehen wurde.

Schon gleich nach dem Neubeginn 1945 gründete Heinrich Grüber die Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte in logischer Konsequenz seiner Arbeit während des Naziterrors. Die Aufgabe dieser Nachfolgeeinrichtung des "Büro Pfarrer Grüber" war es nun nicht mehr, Leib und Leben der Verfolgten zu retten, sondern ihre Reintegration in die Gesellschaft, Versorgung mit Wohnung, Kleidung und Lebensmitteln. Die Ausgangsbasis derjenigen, die aus dem Untergrund auftauchten oder aus dem Lager heimkehrten war um vieles schlechter als der "nur" von den Kriegsereignissen Betroffenen. Später galt es, den ehemals Verfolgten mehr psychische Hilfe zu leisten und Rechtshilfe bei der Durchsetzung ihrer zwar grundsätzlich vom Staat bewilligten, im Einzelfall oft recht schwierig durchzusetzenden Wiedergutmachungsansprüche. Hierbei stand ihm unser unvergessener Dr. Curt Radlauer unermüdlich zur Seite. Mehrere tausend ehemals Verfolgte gehörten in den ersten Nachkriegsjahren zu den Betreuten.

An das Bethanien-Krankenhaus am Mariannenplatz im Bezirk Kreuzberg – dem 1. Sitz der Hilfsstelle – denken viele in dankbarer Erinnerung an die Hilfe, die ihnen zuteil wurde.

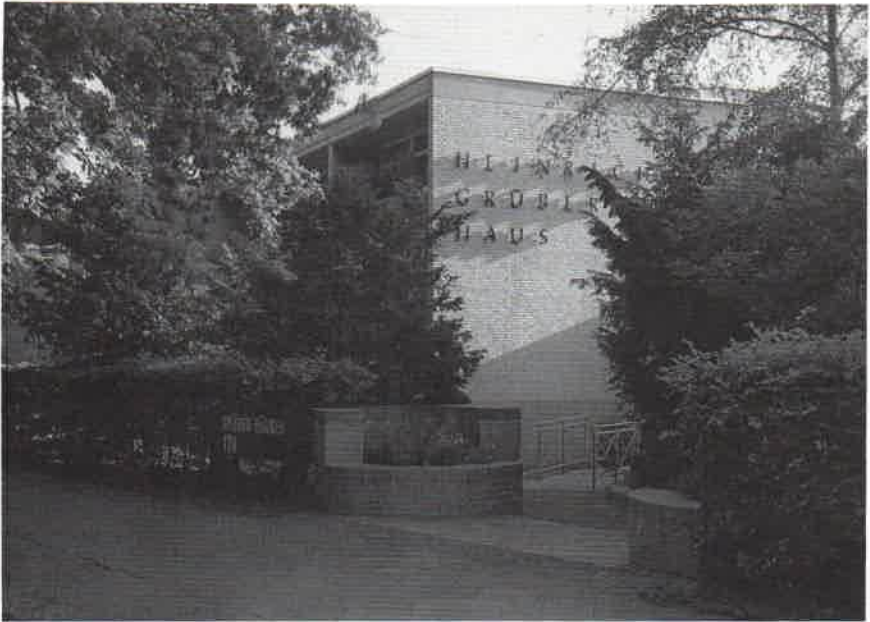
Sowohl das Schicksal und die Interessen des Einzelnen, als auch der Verfolgten insgesamt waren und sind Maßstab für diese Arbeit; denn noch heute arbeitet die Betreuungsstelle – untergebracht im Heinrich-Grüber-Haus, Teltower Damm 124, in Berlin-Zehlendorf, für einige hundert bedürftige ehemals Verfolgte mit derselben Zielsetzung: das Lebensschicksal oder den Lebensabend etwas erleichtern zu helfen – und immer noch kommen neue Hilfesuchende dazu.

In unserer Stiftungssatzung heißt es u. a.:

Die Stiftung hat den Zweck, bedürftige ehemals Rasseverfolgte evangelischen Glaubens in jeder Beziehung zu betreuen, sowie für sie Altenheime zu gründen und zu unterhalten.

Der Kreis der Betreuten umfaßt die unter dem Hitler-Regime Rasseverfolgten evangelischen Glaubens, deren Angehörige und deren Nachkommen.

Für ehemals Verfolgte christlichen Glaubens, die sich im Alter nach Ruhe sehnen und sich geborgen fühlen wollen in der Ge-



*Seniorenheim Heinrich-Grüber-Haus  
Berlin 37 (Zehlendorf), Teltower Damm 124*

meinschaft mit denen, die mit ihnen Angst und Schrecken in den Jugendjahren erlebten, wurden und werden Altenheime errichtet und unterhalten. Ein Faktum, über das die Nichtbetroffenen nicht rechten dürfen.

Aus diesem Grunde wurde Anfang der 50er Jahre das erste Seniorenheim "Heinrich-Grüber-Haus" in Berlin-Zehlendorf seiner Bestimmung übergeben, 16 Rasseverfolgte fanden eine angenehme Unterkunft. Nachdem die Nachfrage – auch aus dem Ausland – für eine derartige Betreuung immer größer wurde, haben wir 1959, etwa zu der Zeit, als im Osten Berlins das Heinrich-Grüber-Haus abgerissen wurde, das neue Heinrich-Grüber-Haus erbaut und 1982 bis 1984 modernisiert und erweitert. Es sind jetzt 62 ältere Menschen, die ihren bisherigen Umkreis aufgegeben haben, um sich in die Obhut liebevoller Zuwendung durch dafür geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu begeben.

Jeder hat ein eigenes Zimmer mit Balkon, Dusche und WC und ist in Vollpension. Erhöht Pflegebedürftige werden durch geschultes Pflegepersonal vorbildlich betreut. Für sogenannte chronisch Kranke wurde im Jahre 1965 auf demselben Grundstück ein klei-

nes Krankenhaus mit 22 Betten in elf Doppelzimmern errichtet. Beide Einrichtungen haben eine starke Nachfrage und beweisen damit die Notwendigkeit ihrer Existenz. Das kleine Krankenhaus trägt den Namen der Ehefrau von Heinrich Grüber, Margarete Grüber. Die Namensgebung erfolgte in Anerkennung der Treue und Tapferkeit dieser unvergessenen Frau in der finstersten Zeit. Am 29.11.1975 verstarb Heinrich Grüber und wurde mit einem Staatsbegräbnis unter großer Anteilnahme beigesetzt. Von diesem Zeitpunkt an übernahm Margarete Grüber den Vorsitz der Stiftung bis zu ihrem Tode am 17.12.1986.

Der ehrenamtliche Vorstand der Stiftung, nunmehr unter Vorsitz von Walter Sylten, einem Sohn des im KZ Dachau ermordeten Pfarrers Werner Sylten, der ein treuer Weggefährte und Freund Heinrich Grübers war, arbeitet im Gedächtnis an Heinrich Grüber und seine tapfere Frau und im Gedächtnis an die Vielen, die ihr Leben geben mußten und die Wenigen, die damals halfen, obgleich sie nicht betroffen waren und die NS-Verfolgung auf sich nahmen.

In diesem Jahr wurde ein Freundeskreis für das Heinrich-Grüber-Haus gegründet, der sich aus vielen Persönlichkeiten unserer Stadt zusammensetzt, die seit langem die Zielsetzung unseres Auftrages unterstützen.

Die Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte ist von Beginn an Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassisch und religiös Verfolgter in Berlin und arbeitet in dieser Interessenvertretung aller Verfolgten des NS-Regimes aktiv mit.

Infolge des beharrlichen Einsatzes dieser Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus von Berlin konnte in den letzten Jahren ein weiterer Erfolg zugunsten vieler bedürftiger Verfolgter erreicht werden.

Der Senat übernahm nach Aufforderung durch das Abgeordnetenhaus, dem wir für das erwiesene Verständnis auch an dieser Stelle sehr herzlich danken, die Initiative zur Gründung einer privaten Stiftung bürgerlichen Rechts mit dem Namen STIFTUNG "Hilfe für die Opfer der NS-Willkürherrschaft". "Diese Sonderregelung des Landes Berlin zur Linderung materieller Not von Verfolgten ist Ausdruck der besonderen Verpflichtung der ehemaligen Reichshauptstadt gegenüber der Deutschen Geschichte" erklärte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin und die Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte erklärten sich bereit, Träger dieser staatlich finanzierten Stiftung zu sein. Der Reg. Bürgermeister äußerte sich auch hierzu: "Wenn auf diese Weise die Erfahrung und das Engagement derer genutzt wird, die sich für die Verfolgten stets einsetzen, so wird diese Geste der Wiedergutmachung ihr materielles und moralisches Ziel am ehesten erreichen".

Die Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" nahm im August 1987 ihre Arbeit auf. Mehrere hundert Antragsteller bewiesen die dringende Notwendigkeit dieser Einrichtung.

Ein weiteres Nahziel wollen wir erreichen, solange es noch einen Sinn hat und die zu betreuenden Verfolgten noch am Leben sind. Es handelt sich um die von den Verfolgtenorganisationen geforderten *wesentlichen Strukturverbesserungen des Berliner PRV-Gesetzes im Anerkennungs- und Versorgungsteil*. Hiergegen wurden verfassungsrechtliche Bedenken vorgetragen, die wir auch unter Einsatz unseres rechtlichen Sachverständes nicht erkennen können. Entschädigung nach dem BEG und Anerkennung und Versorgung nach dem PRV-G sind auch nach jüngster Meinung des Kammergerichtes Berlin grundsätzlich unterschiedlich zu bewerten. *Wir bitten daher Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin, diesem Anliegen ihr dringendes und wohlwollendes Interesse durch Anerkennung der erbetenen strukturellen Änderungen des PRV-Gesetzes zu bekunden.*

Viele ehemals Verfolgte zogen Konsequenzen aus ihren Erfahrungen: Der Anteil von aktiven, das staatliche Gemeinschaftsleben mitgestaltenden Menschen ist unter ihnen viel größer als im Durchschnitt der Bevölkerung. Sie nutzten die Chance des demokratischen Neubeginns durch Mitarbeit in den verschiedenen sich entwickelnden Parteien und öffentlich wirkenden Organisationen. Alle begleiten die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich empfindsamer als andere Deutsche. Manche bekennen sich zu ihrem Schicksal auch vor den Mitmenschen, andere scheuen davor zurück und tragen die Last der Vergangenheit in ihren Herzen. Auch für die Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte gibt es neben der Fürsorge noch eine andere Dimension ihrer Arbeit.

*In einer Zeit des wiederauflebenden Hasses gegen andere Menschen ist es unsere Aufgabe, Wächter und Mahner in unserer demokratischen Gesellschaft zu sein, die für freie Menschen die einzige Grundlage für ein friedensbringendes und menschenwürdiges Zusammenleben ist.*

## Wort zum 9. November 1988

*Die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938*

Am 9. November 1988 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem im damaligen Deutschen Reich auf Befehl der nationalsozialistischen Machthaber die Synagogen brannten: Jüdische Gotteshäuser wurden geschändet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, jüdische Mitbürger wurden mißhandelt, verschleppt, erschlagen.

Was im November 1938 geschah, das geschah öffentlich, geschah vor aller Augen. Die Verfolgung richtete sich gegen alle Juden. Der Rassenwahn offenbarte seine menschenverachtende Grausamkeit. Niemand konnte sagen, er habe nichts gewußt. Diejenigen, die dieses Verbrechen vorbereitet und ausgeführt haben, konnten dabei mit Zustimmung, mit gleichgültigem Wegsehen oder mit verängstigtem Stillschweigen bei der Mehrheit unseres Volkes rechnen. Auch die Christen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – haben damals geschwiegen.

Wie konnte es zu diesem Unrecht in einem Lande kommen, in dem die Bevölkerung für sich selber vor allem Recht und Ordnung forderte? Der nationalsozialistischen Führung standen zwei Ziele vor Augen, als sie den November-Pogrom organisierte:

Die deutschen Juden sollten in einem öffentlichen Akt gedemütigt werden. Man wollte sie isolieren, einschüchtern, und wo immer möglich, zur Auswanderung zwingen – unter Zurücklassung ihres Besitzes. Das Schlagwort »Reichskristallnacht« verharmlost, was der Tag der Zerstörung der Synagogen wirklich bedeutet hat. Er war ein weiterer Schritt auf dem Unheilsweg, der schließlich zum millionenfachen Morden in Auschwitz und an anderen Orten der Vernichtung geführt hat.

Darüber hinaus diente das brutale Handeln an den Juden zur Einschüchterung der gesamten deutschen Bevölkerung. Das Ausbleiben eines ernsthaften Protestes zeigte, wie mächtig die Diktatur zu diesem Zeitpunkt bereits war.

Von nun an wußten die Machthaber, was sie sich an Unrecht und Gewalt erlauben konnten, ohne mit Widerstand aus der breiten Bevölkerung rechnen zu müssen. So bereitete der 9. November 1938 der vom Rassenwahn getriebenen sogenannten »Endlösung der Judenfrage« den Weg; er beschleunigte zugleich den Absturz in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Die brennenden Synagogen waren ein Fanal. Bald brannten auch deutsche Städte mit ihren Kirchen.

Wenn wir heute an diese Vorgänge vom November 1938 erinnern, tun wir es nicht, um anklagend vor die Generation der damals Beteiligten zu treten. Wir tun es vielmehr in dem Bewußtsein, daß die Schuld jener Zeit ihre bindende Macht behält, wenn wir sie verschweigen oder verdrängen. Auch wenn einzelne der damals Beteiligten für ihre Taten gebüßt haben, auch wenn andere inzwischen gestorben sind und eine neue Generation herangewachsen ist, haften wir alle für die Folgen der schuldhaften Vergangenheit. Indem wir dieser bitteren Erkenntnis standhalten, werden wir uns bewußt, daß Theologie

und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden beteiligt waren. Die Kirche sah nicht die tiefe innere Verbindung von Judentum und Christentum. Sie betrachtete die Synagoge, als sei sie von Gott verstoßen, statt in ihr das von Gott zuerst geliebte und erwählte Volk zu erblicken. Die Juden erlebten das Kreuz weithin nur als Verfolgungszeichen.

Theologische und historische Forschung hat uns in den vergangenen Jahren den Blick für Verbindendes und Gemeinsames im Glauben von Christen und Juden neu geöffnet. Es ist uns bewußt geworden, was es bedeutet, daß der Vater Jesu Christi der in der Bibel bezeugte Eine Gott ist, der sein Volk aus der Sklaverei befreite, der ihm die Treue hält und seinen Bund mit Israel niemals aufkündigt hat.

Darum darf unser Denken, Reden und Handeln nie wieder dazu beitragen, Feindschaft gegen die Juden zu fördern. Wir müssen uns bemühen, aus unserer Alltagssprache alle Redewendungen zu verbannen, die Juden verletzen. Das gleiche gilt für die Sprache der kirchlichen Verkündigung. Vor allem aber haben wir die Pflicht, wahrheitsgetreue Kenntnisse über das Judentum, die jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie den jüdischen Staat – besonders in der jungen Generation – zu verbreiten und zu vertiefen. Der christlich-jüdische Dialog über zentrale Fragen unseres Glaubens verdient auf allen Ebenen Förderung und Unterstützung. Dankbar sind wir für die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, die sich seit Jahren mit der Thematik »Kirche und Judentum« beschäftigen. Wir ermutigen alle, in ihrem Bemühen um Verständigung zwischen Christen und Juden nicht nachzulassen. Wir bitten die Gemeinden, diese wichtige Arbeit tatkräftig zu unterstützen und nach Wegen der Begegnung zwischen Christen und Juden zu suchen.

Anerkennung verdienen auch die Bemühungen um Erhaltung und würdige Pflege der überkommenen Zeugnisse aus der reichen jüdisch-deutschen Geschichte.

Wir wollen den Juden, die trotz der unheilvollen Vergangenheit mit uns zusammenleben, die Gewißheit geben, hier Heimat zu besitzen. Ebenso treten wir dafür ein, daß der Staat Israel mit seinen Nachbarn in gerechten Grenzen einen sicheren Frieden findet.

Fünfzig Jahre nach dem Tag der Zerstörung der Synagogen bitten wir Gott, daß Juden und Christen unter seiner Güte ihren Weg in die Zukunft gemeinsam gehen können. Er erfülle an uns allen – Juden und Christen – seine Verheißungen.

Berlin, den 26. Mai 1988

Evangelische Kirche  
in Deutschland  
Dr. Martin Kruse  
Bischof  
Vorsitzender des Rates

Bund der Evangelischen Kirchen in  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Dr. Werner Leich  
Landesbischof  
Vorsitzender der Konferenz  
der Evang. Kirchenleitungen

WIR, DER SENAT UND DAS ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN,  
BEKUNDEN HIERMIT, DASS WIR

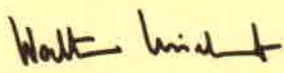
HERRN PROPST D. DR.  
HEINRICH GRÜBER  
DIE EHRENBÜRGERRECHTE  
DES LANDES UND DER STADT BERLIN

VERLIEHEN HABEN.

IN TIEFER DANKBARKEIT EHREN WIR DAMIT EINEN MANN,  
DER SICH OHNE RÜCKSICHT AUF SEINE PERSON  
STÄNDIG UND UNBEIRRT FÜR DIE VERFOLGTEN  
DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES EINGESETZT HAT  
UND SICH NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEGE  
UM DIE AUSSOHNUNG VON JUDEN UND CHRISTEN  
BLEIBENDE VERDIENSTE ERWORBEN HAT.

BERLIN, DEN 8. MAI 1970

  
REGIERENDER BÜRGERMEISTER  
VON BERLIN

  
PRÄSIDENT DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN